

Saale-Beitung.

Bezugpreis
 für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei
 postamtlicher Zustellung 2,75 M., durch
 die Post 3,25 M., auswärts Zustellungs-
 gebühr. Bestellungen werden von allen
 Buchhandlungen angenommen.
 Das amtliche Zeitungs-Verzeichnis
 unter Nr. 6553 eingetragen.
 Für die Redaktion verantwortlich:
 Max Schorre in Halle.
 Erscheinungsort von 10^U bis 12^U, Uhr.
 (Erscheinungsort: Redaktion Nr. 2532. — Expedition Nr. 176.)

Anzeigen
 werden die Spaltenbreite oder deren
 Raum mit 30 Fig., solche aus Halle mit
 20 Fig. berechnet und in der Expedition,
 von anderen Annoncenstellen und allen
 Annoncen-Expeditionen angenommen.
 Bekanntmachung Nr. 75 M.
 Erscheint wöchentlich zweimal,
 Sonntags und Montags einmal,
 sonst zweimal täglich.
 (Der Abdruck unserer Original-Artikel
 ist nicht gestattet.)

Nr. 49.

Halle a. d. Saale, Donnerstag, den 30. Januar

1902.

Ein neues Flottengesetz?

Die weltlichen Ueberrückungen scheinen gar kein Ende nehmen zu wollen. Als ob es im Innern noch nicht genug Schwerezeiten zu überwinden gäbe, wird jetzt das Land, wie wir gestern bereits schon mitgeteilt, mit der angelegten der gegenwärtigen Finanzlage, mit gerade erkrankten Nachschub überhäuft, von einer neuen Rückverlagerung in Sicht ist. Der „Vorwärts“ veröffentlichte nämlich gestern folgenden geheimen Erlaß des Staatssekretärs des Reichsmarineamts v. Tirpitz:

„Bei Aufstellung der Berechnungen zum künftigen Flottengesetz diente als Grundlage für die Gesamtentwicklung der Marine lediglich der Gesichtspunkt, jährlich eine gleiche Anzahl von Schiffen in Bau zu geben, und zwar wurde das jährliche Bautempo

- 1. Minienschiffe,
- 1 großer Kreuzer,
- 1 kleine Kreuzer

festgelegt:

Eine parallel laufende planmäßige Steigerung der Indienststellungen, im besonderen der möglichst beschleunigte organisatorische Ausbau der Schlachtkräfte mußte in den Berechnungen vorläufig außer Acht gelassen werden, da eine dem amwachsen der Schiffbestände entsprechende Steigerung der Indienststellungen für die Jahre 1905—1910 zu hohe Bedarfszahlen für die „Fortdauernden Ausgaben“ ergeben hätte, daß die Flotten-Vorgabe ohne neue Steuern nicht durchführbar gewesen und infolgedessen aufs äußerste gefährdet worden wäre.

Nach den bisherigen Absichten soll dem Reichstage im Winter 1904—1905 eine Provelle zum Flottengesetz vorgelegt werden.

Der Inhalt der Provelle selbst wird sich zwar nur auf die zahlenmäßige Vermehrung der Auslandschiffe erstrecken, die zeitigste Begründung aber wird

- 1. den Schiffbauplan für die nächsten 5 Jahre (1906 bis 1910)
- 2. einen Uebersicht über die Entwicklung der Gesamt-
kosten der Marine innerhalb dieser Periode (1906 bis 1910) geben müssen.

Soll im Winter 1904/5 die finanziellen und inoperativen Verhältnisse des Reiches dies zugeben, so werden wir den Versuch machen müssen, in der vorliegenden Begründung zur Flottennovelle die planmäßige Entwicklung der Indienststellungen in den Jahren 1906—1910 dem wachsenden Schiffbestand und dem zu beschaffenden Personal anzugleichen und zu diesem Zwecke eine ausreichende Steigerung der „Fortdauernden Ausgaben“ in den Berechnungen vorzulegen. Eine wie hohe jährliche Steigerung der „Fortdauernden Ausgaben“ seiner Zeit in der Reichstagsvorlage in Aussicht genommen werden kann, ist eine erstpolitische Frage, deren Entscheidung vorbehalten bleiben muß.

Von größter Wichtigkeit aber ist es, baldmöglichst klare Anschauungen darüber zu gewinnen, welche Steigerung der Indienststellungen nach Maßgabe des zu beschaffenden Personalpersonals bis zum Jahre 1910 einschließlich bei normaler Entwicklung möglich ist, und welche Bewältigung dazu erforderlich sind.

Zu diesem Zwecke ersuche ich, im Einvernehmen mit den anderen beteiligten Gruppen des Hauses:

- 1. einen Indienststellungsplan nach Maßgabe des 1910 verfügbaren Schiffbestandes und des bis 1910 bereit zu stehenden Personalpersonals (Kapitel 52),
- 2. den Gesamtbedarf an Militärpersonal (Kapitel 51) zur Durchführung dieses Indienststellungsplanes aufzustellen und mir vorzulegen.

Als Minister für den Indienststellungsplan ist der alljährlich für den Etat aufgestellte Indienststellungsplan unter namentlicher Aufzählung der einzelnen Schiffe bezw. Angabe des Schiffstyps zu benutzen, damit nach diesem Plan Kapitel 52 berechnet werden kann.

Eine Schiffsliste der im Jahre 1910 dienstfertigen Schiffe liegt bei.

- 1. das jährliche Bautempo von jährlich 2 Minienschiffen, 1 großen Kreuzer und 3 kleinen Kreuzern auch von 1906 bis 1910 beibehalten wird,
- 2. Minienschiffe und große Kreuzer 5 Jahre, kleine Kreuzer 4 Jahre, Torpedoboot-Divisionen 3 Jahre nach der Verwilligung ihre Probefahrten beendigt haben und dienstbereit sind.

Bei Aufstellung des Indienststellungsplanes ersuche ich im besonderen folgendes zu erwägen:

A. Auslandschiffe.

Wir werden bis zum Jahre 1910, also für 8 Jahre, mit einer erheblichen Steigerung der Auslands-Indienststellungen rechnen müssen.

(Gibt ein Tableau und unter B. ein Verzeichnis der heimischen Schlachtkräfte.)

Der Staatssekretär des Reichsmarineamts, ges. v. Tirpitz.

Obgleich die Auslandschiffe bereits bei der Beratung des letzten Flottengesetzes Gegenstand lebhafter Erörterung war und von Seiten der Marineverwaltung kein Hehl daraus gemacht wurde, daß der Zeitpunkt bald eintreten könne, wo sich die Forderung für eine erhebliche Verstärkung der Auslandschiffe als Notwendigkeit herausstellen würde, hat dieser Erlaß doch in weitesten Kreisen Aufsehen erregt. Staatssekretär v. Tirpitz wiederholte gestern in der Budgetkommission die oben erwähnte Erklärung mit dem Hinweis, der vom „Vorwärts“ veröffentlichte Erlaß sei authentisch; er beanworte zwar, daß das Schriftstück authentisch sei, aber irgend etwas Verlässliches enthalte es nicht, da die Marineverwaltung bereits bei Beratung der Flottenvorlage eine Vermehrung der Auslandschiffe für 1906/67 angekündigt habe. Eine erhebliche Verstärkung der Auslandschiffe sei unbedingt erforderlich. Auch die „Nordd. Allg. Zeitung“ nimmt jetzt auf den Artikel über die Verfertigung des „Vorwärts“ Bezug und verweist auf die Rede des Staatssekretärs v. Tirpitz am 6. Juni 1900 im Reichstage, die gar keinen Zweifel lasse, daß der Staatssekretär die Notwendigkeit der Vermehrung der Auslandschiffe schon damals hervorgehoben habe. Die „Post“ weiß sogar schon hinsichtlich der Kosten Rat; sie verweist auf die von dem neuen Zolltarif zu erwartende Mehreinnahme. „Die Notwendigkeit, für höhere Deckungsmittel für die Kosten der Flotte zu sorgen, dient so der Zollvorlage zum willkürlichen Vorwand.“ Welche bittere Ironie liegt in dem letzten Satz für das Centrum, das 1900 die Vermehrung der Auslandschiffe frucht und wenn Abgeordneter Müller-Budla mit seinen geistreichen Bemerkungen in der Budgetkommission recht behält, auch nicht daran denkt, 1904 diese Vermehrung zu bewilligen. Und nun gar nach die Verweisung auf die Mehreinnahme aus dem neuen Zolltarif, Mehreinnahme, aus welchen die Reichstagsler selbst schon Verwendungen im Interesse „der minder wohlhabenden Klassen“ angewiesen hat.

nicht, da die Marineverwaltung bereits bei Beratung der Flottenvorlage eine Vermehrung der Auslandschiffe für 1906/67 angekündigt habe. Eine erhebliche Verstärkung der Auslandschiffe sei unbedingt erforderlich. Auch die „Nordd. Allg. Zeitung“ nimmt jetzt auf den Artikel über die Verfertigung des „Vorwärts“ Bezug und verweist auf die Rede des Staatssekretärs v. Tirpitz am 6. Juni 1900 im Reichstage, die gar keinen Zweifel lasse, daß der Staatssekretär die Notwendigkeit der Vermehrung der Auslandschiffe schon damals hervorgehoben habe. Die „Post“ weiß sogar schon hinsichtlich der Kosten Rat; sie verweist auf die von dem neuen Zolltarif zu erwartende Mehreinnahme. „Die Notwendigkeit, für höhere Deckungsmittel für die Kosten der Flotte zu sorgen, dient so der Zollvorlage zum willkürlichen Vorwand.“ Welche bittere Ironie liegt in dem letzten Satz für das Centrum, das 1900 die Vermehrung der Auslandschiffe frucht und wenn Abgeordneter Müller-Budla mit seinen geistreichen Bemerkungen in der Budgetkommission recht behält, auch nicht daran denkt, 1904 diese Vermehrung zu bewilligen. Und nun gar nach die Verweisung auf die Mehreinnahme aus dem neuen Zolltarif, Mehreinnahme, aus welchen die Reichstagsler selbst schon Verwendungen im Interesse „der minder wohlhabenden Klassen“ angewiesen hat.

Deutsches Reich.

Holz- und Personalnachrichten.

* Der deutsche Kronprinz beschloß gestern vormittag in Dresden mit dem Prinzen Johann Georg mehrere Wochen. Später fand ein Familienbesuch im Schloß statt. Nachdem sich der Kronprinz nachmittags vom kaiserlichen Königspaar verabschiedet hatte, begab er sich nach der Kaserne des Grenadier-Regiments Nr. 101, um ein Appell stattzufinden. Dann nahm er am Mittagessen in Döberitz teil. Abends 7 Uhr 15 Min. erfolgte seine Abreise nach Bonn. Prinz Johann Georg hatte dem Kronprinzen das Geleit zum Bahnhof gegeben.

Aus der Zolltarif-Kommission.

Der Vizepräsident der Zolltarif-Kommission wird immer toller. Die Majorität ist von dem Gehelge ergriffen, den Record bezüglich der Menge der Anträge zu erzielen. Es sammelt von Anträgen: Einer wird zurückgezogen, ein anderer eingebracht, ein dritter nimmt den ersten wieder auf, aber noch nicht gedruckt vorliegende Anträge wird diskutiert, obwohl kein Mensch deren Tragweite übersehen kann. Niemand weiß, in welcher Reihenfolge eine Abmahlung vorgenommen werden soll, welcher Antrag eigentlich noch besteht, welcher dauernd zurückgezogen ist. Und dieser Vizepräsident geht nun bei den ersten beiden Absätzen des 8. schon fast drei Tage und wird morgen fortgesetzt! Dabei: rechter Hand, linker Hand, alles vermischt. Die Vertreter der verschiedenen Regierungen, Graf Polodowski, Woeller, Wernich, Kämpfen gemeinsam mit den Abgeordneten der Linken, Büchel, Gohlfeld, Fischer, Singer, Stadthagen, gegen die Majorität, um das Land vor dem fieserlichen agrarisch-national-liberalen Unsinne zu bewahren, welchem auch das Centrum seinen Segen giebt.

Die Situation wird dräuslich charakterisiert dadurch, daß der Staatssekretär des Innern, Graf Polodowski, einen Antrag formuliert, der von den Abgeordneten Geibel und Fischer angenommen und eingebracht wurde. Derselbe ist zwar im Grunde genommen ebenfalls überflüssig, da er nichts weiter enthält, als was gegenwärtig schon Rechts ist, aber Herr Woeller meinte, er enthalte das Höchste, was die Regierung concediren könne. Graf Polodowski erklärte nämlich in der gestrigen Sitzung, eine Annahme der agrarischen Anträge auf Einführung von Ursprungszeugnissen würde die Verständigung über die Zolltarifvorlage unmöglich machen. Graf Polodowski warf der Mehrheit vor, daß sie den deutschen Handel unter ein „Kanzleischloß“ zu bringen beabsichtige und schlug darauf eine Fassung der Anträge vor, die tatsächlich den gegenwärtigen Zustand erhalten würde. Namens der freisinnigen Parteien brachten die Abg. Fischer und Geibel diesen vom Staatssekretär formulierten Vorschlag als ihren Antrag ein.

Die Agrarier hatten am Mittwoch ihren Anträgen über die Einführung von Ursprungszeugnissen eine neue Fassung gegeben, der zufolge bei der Einfuhr von Waren, welche je nach dem Herkunftsorte verschiedenen Zollföhen unterliegen, Ursprungszeugnisse zu erbringen sind. Demnach hätten also die Herren die Forderung fallen lassen, daß für alle Waren derartige Nachweise geföhrt werden müssen. Aber auch in dieser milderen Form fand das agrarische Verlangen den heftigsten Widerspruch der Kommission ist die Frage des Abgeordneten v. Heyl an den Staatssekretär Grafen Polodowski beizulegen, ob er denn verlange, daß die Kommission sich nur mit dem Beschöftigten, was die Regierung für nöthig erachtet. Camp zog einen seiner Anträge zurück, Graf Schwerin nahm ihn wieder auf und zu guter Letzt tritt Graf Kempf auf die Forderung zurück, für alle Waren Ursprungszeugnisse einzuföhren. Mit Camp machte Singer den Vorschlag, die Beratung zu beenden und die Mehrheit so lange zusammen einzuföhren, bis sie sich selber darüber klar sei, was sie denn eigentlich wolle.

Ueber die Behandlung der Petitionen in der Zolltarifkommission ist beschlossen worden: Ein fünfseitiger Berichterstatter, Abg. Speck, bei Beginn der Beratung der einzelnen Paragrafen Bericht über die eingehenden Petitionen erstatten und bei der Beratung der 946 Nummern des Tarifs selbst soll die Berichterstatter über die einzelnen Petitionen mehreren Kommissionsmitgliedern überbringen werden.

In den Kreisen des Bundesrats ist man ungenügschlich höchst verstimmt über diese Verhinderung der Verhandlungen durch die Majorität, über dieses Unverständnis von Seiten derer, denen zuliebe man den Zolltarif gemacht hat. Wenn die Ma-

jorität bei ihrer jetzigen Taktik bleibt, dann ist nicht abzusehen, ob die Kommission schon im Hochsommer mit dem Tarif fertig sein wird.

Wirtschaftsnotizen.

* Bei der Beratung des Etats der Reichsverwaltung in der vorgestrigen Sitzung der Budgetkommission des Reichsordnungsamts theilte der Minister Müller u. A. mit, daß die den Kauf von Rohlenbezugsverträgen im westfälischen Revier betreffende Vorlage dem König zur Unterzeichnung vorzulegen. Einiges Weiteres, was er darüber mittheilte, war vertraulich. Die Vorlage enthält, wie nach der „Abend-Zeitung“ verlautet, insgesammt eine Forderung von 60,000,000 M.

Parlamentarisches.

* Die einstimmige Annahme des Antrages auf Einbringung eines Nachtgesetzes im Interesse der Kriegswunden und Veteranen steht im den Bundesrat die Wirkung zu äußern, daß man sich fog, es sei nicht möglich, die bisherige Linie des Verhaltens weiter zu halten. Wie in Reichstagskreisen verlautet, finden Verhandlungen zwischen den verschiedenen Regierungen darüber statt, eine höhere Summe als die vorgelegene zu dem bewünschten Zweck in den Etat einzustellen.

* Die Gesetzgebungsdeputation für die zweiten sächsischen Kammer hat beschlossen, den eine Erhöhung der Gerichtsgeldern im 25 Prozent gestiegenen Gehaltswort dem Plebanus zur unveränderten Annahme zu empfehlen.

* Der älteste Diener des Reichstags, Koch, ist in diesen Tagen gestorben. Er hat bereits im Jahre 1848 in der preussischen Reichsverammlung Dienste geleistet, ist sodann in die Dienste des preussischen Verordnungsamts getreten, später seit 1866 beim norddeutschen Bundesparlament und seit 1871 im deutschen Reichstag thätig gewesen. Die national-liberale Fraktion, deren Vorderbenedicten er war, wird einen Kranz auf seinen Sarg niederlegen lassen.

Parteiennachrichten.

* Mit dem vorgestern in Böhmen errungenen Wahlsiege haben die Sozialdemokraten das achtundfünfzigste Reichstagsmandat erlangt.

* Der „Soll und Ertragswals“ ist nunmehr von der Thüringer Agitationskommission der Sozialdemokraten zur Veröffentlichung gelangt. Das formale Recht der Exterren Verfassungskommission, Ertragswals seine Stellung als erster Redakteur der „Exterren-„Tribüne“ zu kündigen, wird anerkannt, doch sei der Anlaß der Kündigung — Übernahme der Reichstags-Landesbibliothek in Weimar — so untergeordneter Natur gewesen, daß es nicht notwendig gewesen wäre, die äußerste Konsequenz zu ziehen. Ertragswals soll die Redaktion der „Tribüne“ nach bis zum 1. Juli weiterführen. Die Agitationskommission behauptet, daß der Streit zwischen Verfassungskommission und Ertragswals formen gegenseitig habe, die der Partei nur zum Schaden gereicht hätten. Ertragswals erklärt in der „Tribüne“ persönlich, daß er sich eine eingehende, gehörende Antwort für den kommenden „Thüringer Parteitag“ vorbehalte.

Verwaltung und Reichsangelegenheiten.

* Zur Erörterung der Landtagsvorlage betr. die neue Provinzial-Verwaltungsstruktur treten nach der „Kreuzzeitung“ die preussischen Landesdeputierten am heutigen Donnerstag in Berlin zu einer Konferenz zusammen.

Heer und Flotte.

* Generalleutnant v. Alten, der bis vor kurzem die zweite Division kommandierte und angeblich in Zusammenhang mit den bekannten Vorgängen in Jüterbog jüngst verabschiedet wurde, soll, wie die „Post“ mittheilt, vom Sultan als Infanteriechef der ersten Armee berufen worden sein und diesen Ruf annehmen haben.

Deutscher Reichstag.

(Bericht der Saale-Ztg.)
 129. Sitzung vom 29. Januar. 1 Uhr.

Das Haus ist äußerst schwach besetzt. Im Bundesratsbüreau: Bei Beginn der Sitzung nur Kommissare.

Auf der Tagesordnung stehen 11 Aktiva-Anträge. Zunächst der Antrag Vespermann und Gen. (ul.) zur Vorlegung eines Geheimschutzes wegen Einführung besonderer Gerichte aus dem kaiserlich-militärischen Dienstvertrag nach folgenden Grundbegriffen:

- 1. Diese besonderen Gerichte sind den Amtsgerichten anzugleichen.
 - 2. Die Gerichte bestehen aus einem Amtsrichter als Vorsitzenden und je einem Prinzipal und einem Sandlungsgeschäftlichen als Beisitzer.
 - 3. Die Weisiger werden mittels Wahl der Prinzipale und Sandlungsgeschäftlichen in getrennter Wahlbestellung bestellt. Die Wahl ist unmittelbar und geheim.
 - 4. Das Verfahren ist ein beschleunigtes, einfaches, mit geringen Kosten verknüpft.
 - 5. Den Gerichten sind die Streitigkeiten aus dem kaiserlich-militärischen Dienstvertrag zu überweisen.
 - 6. Die Verlegung eines Urtheils dieser Gerichte ist nur zu Inhaftation, wenn der Werth des Streitgegenstandes den Betrag von 100 M. übersteigt.
- Vgl. Vespermann (ul.) begründet kurz den Antrag. Die Sandlung ist, daß diese Gerichte den Amtsgerichten angeglichen werden, der früher vorgeschlagene Weg, sie den Gewerbegerichten anzugleichen, ist unangenehm. Er beantragt den Antrag einer Kommission von 14 Mitgliedern zu überweisen. Direktor im Reichsdienst des Innern Caspar: Ueber die Materie, die der Antrag Vespermann behandelt, werden schon Verhandlungen im Reichsdienst des Innern geführt. Eine Vorlage wird Ihnen schon in nächster Zukunft eintreffen. Ich glaube daher, daß die Ueberweisung an eine Kommission sich erübrigen dürfte.
- Abg. Dr. Gitz (Centr.) hält es doch für besser, den Antrag an



eine Kommission zu überweisen. Die Kommission könnte in dann einen Gehelbstentwurf anfertigen, oder die Vorlage der Regierung abwarten.

Abg. Rosenow (Soz.) hält die Angelegenheit der kommunikativen Sondergerichtsbarkeit für den Zweck der Gerechtigkeit für zweckmäßig. Der Antrag geht auch nicht weit genug. In der Kommission würden die Sozialdemokraten beantragen, daß auch den Frauen das aktive und passive Wahlrecht zu den Gerichten gewährt werde.

Nach weiteren Bemerkungen der **Abg. Hennig (Kat.)**, **Abg. Wehl (Frp.)** wird der Antrag an eine Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Es folgt die erste Beratung der Gesetzes-Anträge der **Abg. Wacker und Gen. (Frp.)** bzw. **Graber und Gen. (Kat.)** betreffend Abänderung des Wahlgesetzes für den Reichstag. Es handelt sich hierbei um die Ergänzung der Bestimmungen, welche die Einbürgerung ausländischer Wohnortbesitzer in das Reich bezuglich der Abstammung, in welchen die Wähler ihren Stimmzettel in das Covert legen können.

Abg. Dr. Hertz (Frp.) begründet kurz den Antrag **Wacker und Gen.** mit dem Hinweis, daß der Antrag schon einmal vom Reichstage angenommen sei. Eine Kommissionsberichterstattung habe aber überflüssig, man könnte heute schon in die zweite Beratung eintreten. Die Vorzüge des Antrages müßten durchgesprochen werden, denn jetzt kämen bei den höchsten Dingen vor, die nicht nur aus politischen, sondern auch aus moralischen Gründen zu verwerfen seien. Der Bundesrat hätte die Pflicht, solche Gesetze zu beschließen, die für den Reichstag unvermeidlich sei. In dem Reichstag hätte die Pflicht, unvermeidliche Vorzüge herbeizuführen, da man in anderen Ländern schon damit die günstigsten Erfahrungen gemacht habe.

Abg. Kirch (Cent.) begründet den Antrag **Graber**, der mit dem Antrag **Wacker** identisch ist, und bittet um einstimmige Annahme des Antrages.

Abg. v. Zedemann (Reichsp.) beantragt, die Angelegenheit an eine Kommission zu überweisen, denn die ganze Frage ist noch nicht genügend geklärt. Vor allem frage es sich, ob man die geordnete Wahl noch gefeierter machen dürfe. (Wohlsinn.)

Abg. Dr. v. Kommerzow (Soz.) spricht sich für den Antrag aus.

Abg. Dr. Jaffermann (natl.) bemerkt, daß seine Freunde für die Anträge seien.

Abg. Hurr (Soz.) hält die Anträge für nötig, da bisher von einer Änderung des geltenden Wahlrechts nicht die Rede sei.

Abg. Dr. v. Trechow (Frp.) hält die Anträge für richtig. Die Anträge sind nicht nur aus politischen, sondern auch aus moralischen Gründen zu verwerfen. Um einvernehmliche Vorzüge herbeizuführen, da man in anderen Ländern schon damit die günstigsten Erfahrungen gemacht habe.

Es folgt die zweite Beratung des Centrums-Gesetzes-Antrages betreffend die Freiheit der Religionsübung (Religionsgesetz).

Die Beratung beginnt mit dem 1. Artikel, der lautet:

„Jedem Religionsbegründer steht innerhalb des Reichsgebietes volle Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der Vereinigung zu Religionsgemeinschaften, sowie der gemeinsamen kirchlichen und öffentlichen Religionsübung zu. Den bürgerlichen und staatsbürgerlichen Pflichten darf durch die Ausübung der Religionsfreiheit kein Abbruch geschehen.“

Die **Abg. Dr. Hertz** und **Gen. (Frp.)** beantragen für den 1. Artikel des 1. folgenden Absatz hinzuzufügen:

„Der Erlaß von Gesetzen zur Ausführung des vorstehenden Grundgesetzes ist bis zum Erlaß eines Reichsgesetzes über Vereins- und Versammlungssache der Einzelstaaten.“

Der Referent **Abg. Dr. Wacker (Cent.)** berichtet über die Verhandlungen der Kommission.

Abg. Schröder (Frp.) spricht sich für die Kommissionsberichte der Regierung, die der Reichstagesrat bei der ersten Beratung gelesen hat. Er wird sich nicht gegenwenden sein. Denn der zweite Teil des Antrages gegen den man sie nicht erheben konnte, ist in der Kommission schon gefallen. Es steht nur der erste Teil zur Debatte, der zweifellos zur Kompetenz des Reiches gehört und sicherlich aus seiner Annahme zur Förderung des religiösen Friedens beitragen wird.

Abg. Dr. Hertz und **Gen. (Frp.)** werden den 1. Artikel unter der Bedingung annehmen, daß auch unser Vorschlag angenommen wird. Schon jetzt besteht im Reich die völlige Religionsfreiheit, keiner darf wegen seiner Religion auszuweisen oder bestraft werden. Dieser Satz gilt auch für Ausländer. Schranken für die Religionsfreiheit nur insoweit gesetzt, als dieser sich seinen staatsbürgerlichen Pflichten unter der Bedingung auf eine Religion entschieben darf. Was über die Freiheit der Einzelstaaten im Reichsgebiet, die der Religionsfreiheit etwa in den Einzelstaaten entgegenstehen sollten, aufgegeben werden. 1. ist der wesentlichen Verfassung nachgebildet. Weil wir aber nicht wollen, daß hier ein Reichsrecht konstituiert wird, das ein Bundesrecht darstellt, haben wir unseren Vorschlag gestellt, der ausdrücklich den Reichstagesrat macht, und verbindet, daß Konflikt zwischen Reichsrecht und Landesrecht entsteht. (Beifall.)

Abg. Graf Bernstorff-Ludewig (Reichsp.) Eine Reihe meiner Freunde hat auch Bedenken gegen den 1. Artikel, doch werden mit viele Bedenken nicht geteilt. Ich meine, es muß eines der ersten Bedenken des Reichstages sein, die Religion frei zu lassen. Dem stehen in den Einzelstaaten noch vielfache Hindernisse entgegen. Deshalb wäre ein Reichsgesetz sehr erwünscht.

Staatssekretär **Graf Poldowski**: Der Reichstagesrat ist nach wie vor der Meinung, daß die Wünsche der Religion ein Gebiet ist, das den Einzelstaaten überlassen bleiben muß. Der Reichsgesetzgebung ist von einem Bundesrat in den Einzelstaaten, welchen es aus politischen Gründen wünschenswert, daß die in den Einzelstaaten noch bestehenden gesetzlichen Ungleichheiten auf diesem Gebiete beseitigt werden. Er hat sich deshalb schon an die medienburgische Regierung gewandt. Die medienburgische Regierung hat sich bereit erklärt, die Reichsgesetzgebung in der Weise zuzugehen, daß durch Gesetz den Katholiken in Medienburg die freie Ausübung ihrer Religion gewährt werden soll. Der Reichstagesrat ist seit Entschlossenheit, auch die in den anderen Einzelstaaten noch bestehenden Ungleichheiten zu beseitigen, was in dieser Beziehung gesehen soll. (Beifall.)

Medienburgischer Bundesbesandlungster **Dr. Königfeld** legt die medienburgischen Verhältnisse dar. In ganz Medienburg gibt es bei einer Gesamtbevölkerung von 607,000 Einwohnern nur 6000 Katholiken und diese wohnen hauptsächlich in Schwern in und Umgebung. Die dortige katholische Bevölkerung mit allen Rechten ausgegliedert. Katholiken, die die Regierung in allen Fällen gethan, was sie konnte, um die katholischen Katholiken nachkommen; in Wismar ist erst kürzlich eine Kirche gebaut, verschiedene Geistliche sind neu angestellt worden. Wenn nicht alles gethan ist, was die Katholiken wollten, so liegt das an dem Eigenen unzureichender Verhältnisse. Eine Verordnung, die den Katholiken über die freie Religionsübung zulässt, sieht die Regierung nicht an, eine Pflicht der Gerechtigkeit zu erfüllen. (Wohlsinniger Beifall.)

Staatssekretär **Graf Poldowski** beantwortet die **Abg. Königfelds** Frage, daß auch in Braunschwweig den Katholiken volle Freiheit gewährt werden solle.

Abg. Königfeld begrüßt die Erklärung der medienburgischen Regierung.

Regierung mit Freibeilegung. Das ganze Land werde dafür dankbar sein.

Abg. Dr. Wacker (Cent.) spricht dem Staatssekretär seinen Dank aus und hofft, daß der Reichstagesrat sich auch an andere Bundesstaaten, in denen die Katholiken noch unter Ungleichheiten zu leiden hätten, wenden würde. Es scheint jetzt wirklich eine bessere Zeit heranzukommen. Die Katholiken werden sich auch für die ihnen gewährt Freiheit dankbar erzeigen und ihre volle staatsbürgerliche Freiheit annehmen. Inwiefern ist es, daß Braunschwweig die Katholiken nicht entgegenkommen will. Dieser geht Sadten heute in der Reichs- und doch wäre gerade dort eine Milderung der Gesetzgebung nötig. Was nun den vorliegenden § 1 anlangt, so ist die Kompetenzfrage klar, wir sind daher nicht in der Lage, auf die Brücke zu treten, die uns von nationaler Seite geschnitten ist. Der Antrag lieber für einige Zeit das ganze Gesetz in Frage stellen.

Abg. Kuntz (Soz.) erklärt, daß seine Freunde für den § 1 stimmen würden.

Hierauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr: Vortragsreden: Novelle und Fortsetzung der zweiten Gesetz-Beratung. Schluß 6 Uhr.

Preussischer Landtag.

(Bericht der „Saale-Itz“.)

Abg. v. Schulerberg.

15. Sitzung vom 29. Januar. 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Bobbesitz u. a.

Die zweite Beratung des Staatshausgesetztes wird fortgesetzt beim Etat der G. 2. und 3. Verwaltung.

Die Kommission hat heute debattiert den § 1. Bei den Anträgen (Frp.) werden Genehmigung darüber aus, daß auf den G. 2. und 3. Verwaltung die auf Hauptgetriebe Treiben wieder zweifelhafte Schulen errichtet werden sollen. Im übrigen taucht wieder die Schulfrage in der Diskussion auf, die die allerdingst noch schwachen Prozesse im Reichsgebiet sind. (Wohlsinniger Beifall.)

Abg. Kuntz (Soz.) spricht sich für die Anträge aus.

Abg. Kuntz (Soz.) spricht sich für die Anträge aus.

Abg. Kuntz (Soz.) spricht sich für die Anträge aus.

Abg. Kuntz (Soz.) spricht sich für die Anträge aus.

Abg. Kuntz (Soz.) spricht sich für die Anträge aus.

Abg. Kuntz (Soz.) spricht sich für die Anträge aus.

Abg. Kuntz (Soz.) spricht sich für die Anträge aus.

Abg. Kuntz (Soz.) spricht sich für die Anträge aus.

Abg. Kuntz (Soz.) spricht sich für die Anträge aus.

Abg. Kuntz (Soz.) spricht sich für die Anträge aus.

Abg. Kuntz (Soz.) spricht sich für die Anträge aus.

Abg. Kuntz (Soz.) spricht sich für die Anträge aus.

Abg. Kuntz (Soz.) spricht sich für die Anträge aus.

Abg. Kuntz (Soz.) spricht sich für die Anträge aus.

Abg. Kuntz (Soz.) spricht sich für die Anträge aus.

Abg. Kuntz (Soz.) spricht sich für die Anträge aus.

Abg. Kuntz (Soz.) spricht sich für die Anträge aus.

Abg. Kuntz (Soz.) spricht sich für die Anträge aus.

Abg. Kuntz (Soz.) spricht sich für die Anträge aus.

Abg. Kuntz (Soz.) spricht sich für die Anträge aus.

Abg. Kuntz (Soz.) spricht sich für die Anträge aus.

aber will ich alles thun, damit die Arbeiter sich auf dem Lande wohl fühlen. Der Streit auf dem „Grenzboten“ wurde nicht, aber es etwas man nur ein Mann aus der Stadt gelassen haben. Die Landwirte sind bei dem wirklich in der Lage, und dieser Mangel mit Hilfe der Regierung richtig zu sein. Ich würde die Verhältnisse zu verbessern, wie sie sind und nicht wie sie durch die Willen eines Ständes erscheinen. Die Einkommensteuer-Staatsrat beweist nichts; die reichen Frauen, die manche Landwirte erhalten, kommen doch in der Erwartung gelassen. (Wohlsinniger Beifall.)

Abg. Kuntz (Soz.) spricht sich für die Anträge aus.

Abg. Kuntz (Soz.) spricht sich für die Anträge aus.

Abg. Kuntz (Soz.) spricht sich für die Anträge aus.

Abg. Kuntz (Soz.) spricht sich für die Anträge aus.

Abg. Kuntz (Soz.) spricht sich für die Anträge aus.

Abg. Kuntz (Soz.) spricht sich für die Anträge aus.

Abg. Kuntz (Soz.) spricht sich für die Anträge aus.

Abg. Kuntz (Soz.) spricht sich für die Anträge aus.

Abg. Kuntz (Soz.) spricht sich für die Anträge aus.

Abg. Kuntz (Soz.) spricht sich für die Anträge aus.

Abg. Kuntz (Soz.) spricht sich für die Anträge aus.

Abg. Kuntz (Soz.) spricht sich für die Anträge aus.

Abg. Kuntz (Soz.) spricht sich für die Anträge aus.

Abg. Kuntz (Soz.) spricht sich für die Anträge aus.

Abg. Kuntz (Soz.) spricht sich für die Anträge aus.

Abg. Kuntz (Soz.) spricht sich für die Anträge aus.

Abg. Kuntz (Soz.) spricht sich für die Anträge aus.

Abg. Kuntz (Soz.) spricht sich für die Anträge aus.

Abg. Kuntz (Soz.) spricht sich für die Anträge aus.

Abg. Kuntz (Soz.) spricht sich für die Anträge aus.

Abg. Kuntz (Soz.) spricht sich für die Anträge aus.

Abg. Kuntz (Soz.) spricht sich für die Anträge aus.

Abg. Kuntz (Soz.) spricht sich für die Anträge aus.

Abg. Kuntz (Soz.) spricht sich für die Anträge aus.

Abg. Kuntz (Soz.) spricht sich für die Anträge aus.

Abg. Kuntz (Soz.) spricht sich für die Anträge aus.

Abg. Kuntz (Soz.) spricht sich für die Anträge aus.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Woh in Guben... Am 20. d. M. ist...
Woh in Guben... Am 20. d. M. ist...
Woh in Guben... Am 20. d. M. ist...

Woh in Guben... Am 20. d. M. ist...
Woh in Guben... Am 20. d. M. ist...
Woh in Guben... Am 20. d. M. ist...

Woh in Guben... Am 20. d. M. ist...
Woh in Guben... Am 20. d. M. ist...
Woh in Guben... Am 20. d. M. ist...

Woh in Guben... Am 20. d. M. ist...
Woh in Guben... Am 20. d. M. ist...
Woh in Guben... Am 20. d. M. ist...

Woh in Guben... Am 20. d. M. ist...
Woh in Guben... Am 20. d. M. ist...
Woh in Guben... Am 20. d. M. ist...

Woh in Guben... Am 20. d. M. ist...
Woh in Guben... Am 20. d. M. ist...
Woh in Guben... Am 20. d. M. ist...

Woh in Guben... Am 20. d. M. ist...
Woh in Guben... Am 20. d. M. ist...
Woh in Guben... Am 20. d. M. ist...

Woh in Guben... Am 20. d. M. ist...
Woh in Guben... Am 20. d. M. ist...
Woh in Guben... Am 20. d. M. ist...

Woh in Guben... Am 20. d. M. ist...
Woh in Guben... Am 20. d. M. ist...
Woh in Guben... Am 20. d. M. ist...

Letzte Telegramme.

Berlin, 30. Jan. Eine von 500 Studenten beauftragte...
Bremen, 29. Jan. Heute hat hier durch Feuer...
Leipzig, 30. Jan. Die 'Händler-Bureau' meldet...

Berliner Börse vom 29. Januar.

(Ergänzung zu den telegr. Mitteilungen im gest. Abendblatt.)
Bank-Disconto.
Berlin Wechsel 3/4 Lomb. 4/2
Amsterd. 3/4 Brüssel 3/4 Wien 3/4

Wasserstände (+ bedeutet über, - unter Null.)

Stelle	Jan. 29	Jan. 30
Artern, Brückenpegel	+1.12	+1.12
Weissenfels, Oberpegel	+2.72	+2.72
Altenburg, Oberpegel	+2.72	+2.72
Altenburg, Unterpegel	+2.72	+2.72
Herrnhagen	+2.72	+2.72
Leipzig, Oberpegel	+2.72	+2.72
Leipzig, Unterpegel	+2.72	+2.72

Deutsche Eisen- und Stahlwerke.

Deutsche Eisen- und Stahlwerke...
Deutsche Eisen- und Stahlwerke...
Deutsche Eisen- und Stahlwerke...

Deutsche Eisen- und Stahlwerke.

Deutsche Eisen- und Stahlwerke...
Deutsche Eisen- und Stahlwerke...
Deutsche Eisen- und Stahlwerke...

Deutsche Eisen- und Stahlwerke.

Deutsche Eisen- und Stahlwerke...
Deutsche Eisen- und Stahlwerke...
Deutsche Eisen- und Stahlwerke...

Wetter-Ansichten.

Wetter-Ansichten...
Wetter-Ansichten...
Wetter-Ansichten...

Wetter-Ansichten.

Wetter-Ansichten...
Wetter-Ansichten...
Wetter-Ansichten...

Wetter-Ansichten.

Wetter-Ansichten...
Wetter-Ansichten...
Wetter-Ansichten...

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Handel, Gewerbe und Verkehr...
Handel, Gewerbe und Verkehr...
Handel, Gewerbe und Verkehr...

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Handel, Gewerbe und Verkehr...
Handel, Gewerbe und Verkehr...
Handel, Gewerbe und Verkehr...

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Handel, Gewerbe und Verkehr...
Handel, Gewerbe und Verkehr...
Handel, Gewerbe und Verkehr...

Waren- und Produktberichte.

Waren- und Produktberichte...
Waren- und Produktberichte...
Waren- und Produktberichte...

Waren- und Produktberichte.

Waren- und Produktberichte...
Waren- und Produktberichte...
Waren- und Produktberichte...

Waren- und Produktberichte.

Waren- und Produktberichte...
Waren- und Produktberichte...
Waren- und Produktberichte...

Leipziger Börse, 29. Januar.

Leipziger Börse, 29. Januar...
Leipziger Börse, 29. Januar...
Leipziger Börse, 29. Januar...

Leipziger Börse, 29. Januar.

Leipziger Börse, 29. Januar...
Leipziger Börse, 29. Januar...
Leipziger Börse, 29. Januar...

Leipziger Börse, 29. Januar.

Leipziger Börse, 29. Januar...
Leipziger Börse, 29. Januar...
Leipziger Börse, 29. Januar...

Leipziger Börse, 29. Januar.

Leipziger Börse, 29. Januar...
Leipziger Börse, 29. Januar...
Leipziger Börse, 29. Januar...

Leipziger Börse, 29. Januar.

Leipziger Börse, 29. Januar...
Leipziger Börse, 29. Januar...
Leipziger Börse, 29. Januar...

Leipziger Börse, 29. Januar.

Leipziger Börse, 29. Januar...
Leipziger Börse, 29. Januar...
Leipziger Börse, 29. Januar...

Leipziger Börse, 29. Januar.

Leipziger Börse, 29. Januar...
Leipziger Börse, 29. Januar...
Leipziger Börse, 29. Januar...

Leipziger Börse, 29. Januar.

Leipziger Börse, 29. Januar...
Leipziger Börse, 29. Januar...
Leipziger Börse, 29. Januar...

Leipziger Börse, 29. Januar.

Leipziger Börse, 29. Januar...
Leipziger Börse, 29. Januar...
Leipziger Börse, 29. Januar...

Leipziger Börse, 29. Januar.

Leipziger Börse, 29. Januar...
Leipziger Börse, 29. Januar...
Leipziger Börse, 29. Januar...

Leipziger Börse, 29. Januar.

Leipziger Börse, 29. Januar...
Leipziger Börse, 29. Januar...
Leipziger Börse, 29. Januar...

Leipziger Börse, 29. Januar.

Leipziger Börse, 29. Januar...
Leipziger Börse, 29. Januar...
Leipziger Börse, 29. Januar...

Leipziger Börse, 29. Januar.

Leipziger Börse, 29. Januar...
Leipziger Börse, 29. Januar...
Leipziger Börse, 29. Januar...

Leipziger Börse, 29. Januar.

Leipziger Börse, 29. Januar...
Leipziger Börse, 29. Januar...
Leipziger Börse, 29. Januar...

Leipziger Börse, 29. Januar.

Leipziger Börse, 29. Januar...
Leipziger Börse, 29. Januar...
Leipziger Börse, 29. Januar...